

Allgemeine Geschäftsbedingungen

der Elektrotechnik Thoms GmbH und der bsb automation GmbH

Stand: 15.03.2025

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Für den Umfang der Lieferungen und Leistungen (im Folgenden: Lieferungen) sind die beiderseitigen schriftlichen Erklärungen maßgebend. Allgemeine Geschäfts- oder Einkaufsbedingungen des Bestellers erkennt der Lieferer nicht an, es sei denn, der Lieferer hat ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Die Geschäftsbedingungen des Lieferers gelten auch dann, wenn dieser in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen Bedingungen abweichender Bedingungen des Bestellers die Lieferung an den Besteller vorbehaltlos ausführt.
2. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten nur gegenüber Unternehmern im Sinne des § 310 Abs. 1 BGB.
3. An Kostenvoranschlägen, Zeichnungen, Abbildungen und anderen Unterlagen (im Folgenden: Unterlagen) behält sich der Lieferer seine Eigentums- und urheberrechtlichen Verwertungsrechte uneingeschränkt vor. Die Unterlagen dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Lieferers Dritten zugänglich gemacht werden und sind, wenn der Auftrag dem Lieferer nicht erteilt wird, diesem auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben.

II. Preise, Zahlungsbedingungen, Rücktritt, Nachträge

1. Alle Preise verstehen sich in Euro und ausschließlich Verpackung, Fracht und Versicherung. Diese werden gesondert in Rechnung gestellt. Die gesetzliche jeweils geltende Umsatzsteuer ist nicht in den Preisen des Lieferers eingeschlossen; sie wird in gesetzlicher Höhe am Tag der Rechnungsstellung in der Rechnung gesondert ausgewiesen.
2. Falls der Besteller seinen Sitz im EU-Ausland oder in einem Drittland hat, hat dieser zwingend dem Lieferer die gültige Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (UST-IdNr.) bzw. eine entsprechende steuerliche Registrierungsnummer sowie relevante Informationen zur umsatzsteuerlichen Behandlung der Rechnung mitzuteilen, insbesondere ob das Reverse-Charge-Verfahren (Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers) Anwendung findet oder besondere steuerliche Regelungen in Ihrem Land gelten. Bei fehlender Angabe, behält der Lieferer sich vor, die Rechnung mit deutscher Umsatzsteuer zu erstellen.
3. Richtpreise sind unverbindliche Preisangaben und dienen lediglich der Orientierung. Die Abrechnung dieser Leistungen erfolgt nach tatsächlichem Aufwand gemäß Preisliste.
4. Der Lieferer hat das Recht, Aufträge gegen vollständige Vorkassezahlung durchzuführen. Der Lieferer kann jederzeit begründete Teillieferungen und -berechnungen (nach Baufortschritt) durchführen, soweit nicht schriftlich zwischen Besteller und Lieferer etwas anderes vereinbart wurde. Der Abzug von Skonto bedarf besonderer schriftlicher Vereinbarung. Zahlungen sind frei Zahlstelle des Lieferers zu leisten. Schecks oder Wechsel werden nur bei schriftlicher Vereinbarung vom Lieferer entgegengenommen. Rechnungen des Lieferers können sowohl per E-Mail als PDF-Dokument als auch postalisch in Papierform an den Besteller erfolgen.
5. Hat der Lieferer die Aufstellung oder Montage übernommen, so trägt der Besteller neben der vereinbarten Vergütung sämtliche erforderlichen Nebenkosten wie z.B. Reise- und Beförderungskosten, Kosten für den Transport des Handwerkszeugs, des persönlichen Gepäcks und Kosten ärztlicher Behandlungen und Prophylaxe, Nebenkosten des

6. Geldverkehrs sowie Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwand und Unterkunft; sofern nicht anders vereinbart. Für Notdiensteinsätze, also Arbeiten die außerhalb der Geschäftszeiten des Lieferers vom Besteller angefordert und nicht bereits im Vorfeld schriftlich vereinbart wurden, ist vom Besteller eine Notdienstpauschale zu entrichten. Diese ist grundsätzlich bei Anforderung eines Notdiensteinsatzes fällig, selbst wenn der Besteller den Einsatz storniert.
7. Der Besteller kann nur mit solchen Forderungen aufréchnen, die rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Lieferer anerkannt sind. Außerdem ist der Besteller zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechtes insoweit befugt, als seine Gegenforderung auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.
8. Tritt der Besteller vor Leistungserbringung des Lieferers vom Kaufvertrag zurück, so kann der Lieferer eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 50% des vereinbarten Kaufpreises für die vergebliche Ressourcenplanung und Auslastungsreduzierung verlangen.
9. Der Lieferer ist berechtigt, seine ihm gegen den Besteller zustehende Forderung an eine Factoring-Gesellschaft zu veräußern.
10. Nachtragsarbeiten sind grundsätzlich vor ihrer Ausführung schriftlich zu vereinbaren und dürfen erst erfolgen, wenn sowohl die kaufmännische als auch die technische Klärung abgeschlossen ist. Dies umfasst insbesondere die Einigung über den Leistungsumfang, die Vergütung sowie die zeitlichen Auswirkungen.

III. Zahlungsverzug, Absicherung, Bürgschaften

1. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist der vertraglich vereinbarte Preis netto (ohne Abzug) innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsdatum zur Zahlung fällig. Nach Ablauf dieser Frist befindet sich der Besteller im Zahlungsverzug. Der Lieferer behält sich das Recht vor, bei Zahlungsverzug des Bestellers Verzugszinsen zu berechnen.
2. Der Verzugszins bei Verbrauchergeschäften wird mit 5% Punkten über dem Basiszinssatz der Deutschen Bundesbank per Anno berechnet. Der Verzugszins bei Handelsgeschäften wird mit 9% Punkten über dem Basiszinssatz der Deutschen Bundesbank per Anno berechnet.
3. Der Lieferer hat das Recht den Vertrag gem. § 648a aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn sich der Besteller im Zahlungsverzug befindet und auch nach Fristablauf der zweiten Zahlungserinnerung seiner Zahlungspflicht nicht nachkommt.
4. Sofern der Lieferer vom Besteller zur Absicherung des Auftragnehmer-Vorleistungsrisiko eine Sicherheit gemäß § 650f BGB anfordert, gilt hierfür eine Frist von 14 Tagen für die Erbringung der Sicherheit durch den Besteller als angemessen und vereinbart. Der Lieferer kann eine längere Frist vergeben.
5. Bürgschaften für Vertragserfüllung, An- und Vorauszahlung oder Gewährleistung werden vom Lieferer ausschließlich durch Versicherungsgesellschaften bereitgestellt. Bankbürgschaften sind ausgeschlossen. Bürgschaften werden grundsätzlich durch den Lieferer sinnvoll befristet und üblicherweise in elektronischer Form (als PDF-Datei per E-Mail) sowie gemäß Muster der Versicherer des Lieferers übermittelt. Eine in elektronischer Form erteilte und versendete

Allgemeine Geschäftsbedingungen

der Elektrotechnik Thoms GmbH und der bsb automation GmbH

Stand: 15.03.2025

Bürgschaftsurkunde ist gemäß §350 HGB i.V.m. §766 BGB wirksam.

IV. Angebote

1. Angebote des Lieferers sind freibleibend und unverbindlich. Mündliche und telefonische Absprachen bedürfen einer schriftlichen Bestätigung.
2. Angebote sowie Lieferungen und Leistungen werden immer auf Grundlage der vom Besteller bis zum Angebotsdatum übermittelten Informationen und Dokumente erstellt oder durchgeführt. Sollten dem Lieferer nach Bestellung oder Beginn der Auftragsabwicklung weitere wichtige Informationen oder Dokumente übermittelt sowie Änderungswünsche geäußert werden, so wird der hiermit verbundene Mehraufwand als Nachtrag gegenüber dem Besteller fakturiert. Eines gesonderten Nachtragsangebotes bedarf es nicht.
3. Ist im Angebot oder anderen Belegen von „Beistellung“, „bauseits“ oder „bauseitigen Leistungen“ die Rede, so handelt es sich stets Arbeiten, die durch den Besteller zu veranlassen und übernehmen sind. Diese Arbeiten sind für den Lieferer kostenfrei.
4. Ein Vertrag kommt erst durch schriftliche Auftragsbestätigung oder konkludente Lieferung bzw. Erbringung der Leistung zustande. Die Schriftform ist sowohl durch Telefax und E-Mail gewahrt.

V. Arbeitsnachweise, Arbeitsberichte

Arbeitsnachweise, -berichte, Rapporte oder Bautagebücher (auch digital) werden der Abrechnung des Lieferers zugrunde gelegt. Sie sind vom Besteller bzw. von seinem Beauftragten unverzüglich nach Erhalt genau zu prüfen und ggf. gegenüber dem Lieferer zu rügen. Die nicht berücksichtigten (Rück-)Reisestunden, Fahrkosten und sonstigen Reisekosten werden nach den vom Personal nach Montagebeendigung gemachten Angaben nachträglich dokumentiert und berechnet.

VI. Eigentumsvorbehalt

1. Der Lieferer behält sich das Eigentum an der Kaufsache bis zum Eingang aller Zahlungen aus der Geschäftsverbindung mit dem Besteller vor. Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer berechtigt, die Kaufsache zurückzunehmen. In der Zurücknahme der Kaufsache durch den Lieferer liegt ein Rücktritt vom Vertrag. Der Lieferer ist nach Rücknahme der Kaufsache zu deren Verwertung befugt. Der Verwertungserlös ist auf die Verbindlichkeiten des Kunden – abzgl. angemessener Verwertungskosten – anzurechnen.
2. Der Besteller ist verpflichtet, die gelieferte Sache pfleglich zu behandeln; insbesondere ist er verpflichtet, diese auf eigene Kosten gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlschäden ausreichend zum Neuwert zu versichern. Sofern Wartungs- und Inspektionsarbeiten erforderlich sind, muss der Besteller diese auf eigene Kosten rechtzeitig durchführen.
3. Bei Pfändungen oder sonstigen Eingriffen Dritter hat der Besteller den Lieferer hiervon unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, damit der Lieferer Klage gem. § 771 ZPO erheben kann. Soweit der Dritte nicht in der Lage ist, dem Lieferer die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten einer Klage gem. § 771 ZPO zu erstatten, haftet der Besteller für den dem Lieferer entstandenen Ausfall.
4. Der Besteller ist berechtigt, die Sache im ordentlichen Geschäftsgang weiter zu veräußern. Er tritt dem Lieferer jedoch bereits jetzt sämtliche Forderungen in Höhe des

Faktura-Endbetrages (einschl. Umsatzsteuer) der Forderung des Lieferers ab, die ihm aus der Weiterveräußerung gegen seine Abnehmer oder Dritte erwachsen, und zwar unabhängig davon, ob die Kaufsache ohne oder nach Verarbeitung weiterverkauft worden ist. Zur Einziehung dieser Forderung bleibt der Besteller auch nach der Abtretnung ermächtigt. Die Befugnis des Lieferers, die Forderung selbst einzuziehen, bleibt hiervon unberührt. Der Lieferer verpflichtet sich jedoch, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Besteller seinen Zahlungsverpflichtungen aus den vereinbarten Erlösen nachkommt, nicht in Zahlungsverzug gerät und insbesondere kein Antrag auf Eröffnung eines Vergleichs- oder Insolvenzverfahrens gestellt ist oder Zahlungseinstellung vorliegt. Ist dies aber der Fall, kann der Lieferer verlangen, dass der Besteller ihm die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, sämtliche zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldner (Dritten) die Abtretnung mitteilt.

5. Die Verarbeitung oder Umbildung der Kaufsache durch den Besteller wird stets für den Lieferer vorgenommen. Wird die Kaufsache mit anderen, dem Lieferer nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwirbt dieser das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Kaufsache (Faktura-Endbetrag, einschl. Umsatzsteuer) zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung. Für die durch Verarbeitung entstehende Sache gilt im Übrigen das Gleiche wie für die unter Vorbehalt gelieferte Kaufsache.
6. Wird die Kaufsache mit anderen, dem Lieferer nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, so erwirbt dieser das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Kaufsache (Faktura-Endbetrag einschl. Umsatzsteuer) zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Bestellers als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Besteller dem Lieferer anteilmäßig Miteigentum überträgt. Der Besteller verwahrt das so entstandene Alleineigentum oder Miteigentum für den Lieferer.
7. Der Besteller tritt dem Lieferer auch die Forderungen zur Sicherung seiner Forderungen gegen ihn ab, die durch die Verbindung der Kaufsache mit einem Grundstück gegen einen Dritten erwachsen.
8. Der Lieferer ist verpflichtet, die ihm zustehenden Sicherheiten auf Verlangen des Bestellers insoweit freizugeben, als der realisierbare Wert der Sicherheiten des Lieferers die zu sichernden Forderungen um mehr als 20% übersteigt; die Auswahl der freizugebenden Sicherheiten obliegt hierbei dem Lieferer.
9. Der Lieferer behält sich das Recht vor, die von ihm im Rahmen eines Auftrags erstellte oder bearbeitete Software mit einem Passwort zu versehen und dieses erst dann dem Besteller zu übermitteln, sobald vom Besteller die vollständige, vereinbarte Auftragssumme beglichen wurde.

VII. Fristen für Lieferungen und Verzug

1. Der Beginn der vom Lieferer angegebenen Lieferzeit oder die fristgerechte Einhaltung eines vereinbarten Liefertermins setzt voraus, dass der Besteller seiner Mitwirkung nachkommt und fristgerecht alle technischen Fragen beantwortet und notwendige Dokumente oder beizustellende Komponenten unmittelbar nach Aufforderung übermittelt. Die unmittelbare Übersendung von Informationen und Dokumenten ist bei Eingang innerhalb von 24 Stunden nach Aufforderung gegeben. Die Frist für die Mitwirkung bei Bestellung von

Allgemeine Geschäftsbedingungen

der Elektrotechnik Thoms GmbH und der bsb automation GmbH

Stand: 15.03.2025

- Komponenten beträgt 72 Stunden. Die Einhaltung der Lieferverpflichtung des Lieferers setzt grundsätzlich die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen des Bestellers voraus. Die Einrede des nichterfüllten Vertrages bleibt dem Lieferer vorbehalten.
2. Kommt der Besteller in Annahmeverzug oder verletzt er schuldhaft sonstige Mitwirkungspflichten, ist der Lieferer berechtigt, den ihm insoweit entstandenen Schaden einschließlich etwaiger Mehraufwendungen ersetzt zu verlangen. Weitergehende Ansprüche oder Rechte bleiben vorbehalten.
 3. Sofern die Voraussetzungen der Ziffer 2 vorliegen, geht die Gefahr eines zufälligen Untergangs oder einer zufälligen Verschlechterung der Sache in dem Zeitpunkt auf den Besteller über, in dem dieser in Annahme- oder Schuldnerverzug geraten ist.
 4. Werden Versand oder Zustellung der Sache auf Wunsch des Bestellers um mehr als einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft durch den Lieferer verzögert, kann der Lieferer dem Besteller für jeden angefangenen Monat ein Lagergeld in Höhe von bis zu 10% des Preises der Gegenstände der Lieferungen berechnen. Der Lieferer hat keinen Nachweis über Lagerkosten vorzulegen. Das Lagergeld kann zusätzlich zu Verzugszinsen bei Zahlungsverzug berechnet werden.

VIII. Gefahrenübergang, Verpackungskosten

1. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist die Lieferung „ab Werk“ (Incoterms2020: EXW) vereinbart.
2. Eine Rücknahmeverpflichtung des Lieferers bezüglich Transportverpackungen, Umverpackungen oder Verkaufsverpackungen wird ausdrücklich ausgeschlossen.
3. Sofern der Besteller es wünscht, wird der Lieferer die Lieferung durch eine Transportversicherung eindecken; die insoweit anfallenden Kosten hierfür trägt der Besteller zum Pauschalfestpreis.

IX. Aufstellung und Montage, Auslandseinsätze, Arbeitssicherheit

Für die Aufstellung und Montage gelten, soweit nichts anderes vereinbart ist, folgende Bestimmungen:

1. Der Besteller hat auf seine Kosten zu übernehmen und rechtzeitig zu organisieren oder beizustellen:
 - a) alle Erd-, Bau- und sonstigen branchenfremden Nebenarbeiten einschließlich der dazu benötigten Fach- und Hilfskräfte, Baustoffe und Werkzeuge,
 - b) die zur Montage und Inbetriebsetzung erforderlichen Bedarfsgegenstände und -stoffe, Brennstoffe und Schmiermittel,
 - c) Energie und Wasser an der Verwendungsstelle einschließlich der Anschlüsse, Heizung und Beleuchtung,
 - d) eine befestigte Zuwegung sowie Entlademöglichkeiten auf der Baustelle,
 - e) bei der Montagestelle für die Aufbewahrung der Maschinenteile, Apparaturen, Materialien, Werkzeuge usw. genügend große, geeignete, trockene und verschließbare Räume und für das Montagepersonal angemessene Arbeits- und Aufenthaltsräume einschließlich sanitärer Anlagen; im Übrigen hat der Besteller zum Schutz des Besitzes des Lieferers und des Montagepersonals auf der Baustelle die Maßnahmen zu treffen, die er zum Schutz des eigenen Besitzes ergreifen würde,

- f) Schutzbekleidung und Schutzausrüstungen, die infolge besonderer Umstände der Montagestelle erforderlich sind inkl. notwendiger Sicherheitsunterweisungen,
 - g) Maßnahmen, um das Montagepersonal sowie Ausrüstung, Material und Eigentum des Lieferers vor Witterung (Schnee, Regen, Wind) zu schützen sowie um eine geeignete Arbeitstemperatur (frostfrei) von min. 10°C und max. 30°C zu ermöglichen,
 - h) alle erforderlichen Genehmigungen.
2. Vor Beginn der Montagearbeiten hat der Besteller die nötigen Angaben über die Lage verdeckt geführter Strom-, Gas-, Wasserleitungen oder ähnlicher Anlagen, sowie die erforderlichen statischen Angaben, Sicherheitsvorschriften und Dokumentation unaufgefordert zur Verfügung zu stellen. Vor Beginn der Aufstellung oder Montage müssen sich die für die Aufnahme der Arbeiten erforderlichen Gegenstände an der Aufstellungs- oder Montagestelle befinden und alle Vorarbeiten vor Beginn des Aufbaues so weit fortgeschritten sein, dass die Aufstellung oder Montage vereinbarungsgemäß begonnen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden kann. Anfahrwege und der Aufstellungs- oder Montageort müssen geebnet und geräumt sein. Verzögern sich die Aufstellung, Montage oder Inbetriebnahme durch nicht vom Lieferer zu vertretende Umstände, so hat der Besteller die Kosten für Wartezeit und zusätzlich erforderliche Reisen des Lieferers oder des Montagepersonals zu erstatten.
 3. Voraussetzung für die Durchführung von Auslandseinsätzen ist die Vorlage aller notwendigen Unterlagen und Dokumentationen (z.B. Materialisten, R&I, Bilder der Anlage/Baustelle etc.) sowie eines tragfähigen und vom Lieferer genehmigten Sicherheits- und Servicekonzepts, insbesondere für Zielländer mit Reisewarnung durch das deutsche Auswärtige Amt, seitens des Bestellers. Sofern nicht anders vereinbart sind Auslandseinsätze mindestens drei Wochen vor Reisebeginn zu bestellen. Diese Frist dient der technischen und ggf. medizinischen Vorbereitung der reisenden Personen sowie einer eventuellen Visabeschaffung. Auslandseinsätze über eine Dauer von mehr als drei Wochen werden nur akzeptiert, wenn der Besteller mit einem Wechsel der Reisenden und einer entsprechenden Kostenübernahme einverstanden ist. Auslandseinsätze in Nicht-EU-Länder werden von mindestens zwei Reisenden durchgeführt. Sollten die Voraussetzungen und notwendigen örtlichen Gegebenheiten zur reibungslosen Durchführung des Einsatzes nicht erfüllt sein, so behält sich der Lieferer vor den Auslandseinsatz auf Kosten des Bestellers zu beenden bzw. nicht anzutreten. Der Besteller kommt für die Kosten der Gesundheitsvorsorge (z.B. Medikamente und Impfungen) und die Beschaffung von Reisedokumenten (z.B. Reisepass und Visum) aller Reisenden auf. Der Besteller hat ggf. erforderliche Unterlagen für die Visabeschaffung selbst zu organisieren (z.B. Einladungen). Es wird stets ein der Tätigkeit angepasstes Visum verwendet (z.B. Arbeitsvisum, Meeting-Visum etc.). Sofern Visa seitens des Bestellers organisiert werden, hat er dies ebenfalls zu berücksichtigen. Die Organisation der An- und Abreise (per Bahn oder Flug) kann durch den Besteller vorgenommen werden. Die Organisation der Beförderung zwischen Flughafen, Hotel und Baustelle vor Ort muss vom Besteller vorgenommen werden. Für Bahn- und Flugreisen gilt Bremen als Abreiseort. Andere Orte nur nach Vereinbarung. Bei Bahn- und Flugreisen sollen möglichst Non-Stop-Verbindungen bzw. Verbindungen mit

Allgemeine Geschäftsbedingungen

der Elektrotechnik Thoms GmbH und der bsb automation GmbH

Stand: 15.03.2025

dem geringsten Zeitaufwand (bezüglich Reise- und Wartezeiten) gewählt werden. Sofern die Einreise des Reisenden in ein Nicht-EU-Land verweigert wird, und liegt der Grund nicht im Fehlverhalten des Reisenden bzw. des Lieferers, so hat der Besteller die entstehenden Kosten der Rückreise zu tragen. Die Organisation der Unterkunft am Montageort wird durch den Besteller vorgenommen. Die Unterkunft erfolgt in einem Hotel mit durchschnittlich deutscher Qualität und Ausstattung. Die Verlängerung eines Auslandseinsatzes ist rechtzeitig, mindestens jedoch eine Woche vor dem ursprünglich geplanten Abreiseterminal zu bestellen. Sofern dieser Verlängerung nichts im Wege steht, bestätigen wir dies schriftlich.

4. Der Besteller verpflichtet sich, im Rahmen der Betriebssicherheitsverordnung (BetSichV) aktiv mitzuwirken und uns als Lieferer sämtliche gefährdungsrelevanten Informationen, insbesondere Gefährdungsbeurteilungen sowie sonstige sicherheitsrelevante Unterlagen und Unterweisungen, unaufgefordert bei Anfrage, spätestens bei Bestellung zur Verfügung zu stellen.
5. Zudem hat der Besteller einen verantwortlichen Ansprechpartner für Sicherheitsfragen (Arbeitssicherheit) in seinem Unternehmen zu benennen, der für die Abstimmung und Bereitstellung der erforderlichen Informationen zuständig ist.
6. Sofern eine Sicherheitsunterweisung des Personals des Lieferers durch den Besteller erforderlich ist, trägt der Besteller die hierfür anfallenden Kosten gesondert und in voller Höhe.

X. Abnahme

Lieferungen sind, auch wenn sie unerhebliche Mängel aufweisen, vom Besteller abzunehmen. Verlangt der Lieferer nach Fertigstellung des Werks die Abnahme der Lieferung, so hat sie der Besteller innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen. Geschieht dies nicht, so gilt die Abnahme nach Ablauf der Frist als erfolgt. Die Abnahme gilt gleichfalls als erfolgt, wenn die Lieferung - ggf. nach Abschluss einer vereinbarten Testphase - in Gebrauch genommen worden ist. Macht der Besteller die vereinbarte Durchführung von Installations-, Inbetriebnahme-, Schulungs- und/oder Dokumentationsarbeiten unmöglich oder verschiebt der Besteller die vereinbarten Fristen um mehr als einen Monat oder auf unbestimmte Zeit, so kann der Lieferer die Abnahme und Vergütung der bis dahin erbrachten Leistungen verlangen. Pönalevereinbarungen verfallen sodann ersatzlos.

XI. Gewährleistung

1. Die Gewährleistungsrechte des Bestellers setzen voraus, dass dieser seinen nach § 377 HGB geschuldeten Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten ordnungsgemäß und unverzüglich nachgekommen ist.
2. Soweit ein Mangel der Sache vorliegt, ist der Lieferer nach seiner Wahl zur Nacherfüllung in Form einer Mangelbeseitigung oder zur Lieferung einer neuen mangelfreien Sache berechtigt.
3. Sollte es - im Rahmen einer Mängelrüge des Bestellers - aus Sicht des Lieferers wahrscheinlich sein, dass kein Mangel vorliegt oder erbringt der Besteller nicht den notwendigen Beweis für einen Sachmangel, so kann der Lieferer vom Besteller eine Vorauszahlung für die Überprüfungstätigkeit verlangen. Der Betrag wird durch den Lieferer erstattet, sofern der Sachmangel begründet ist.

4. Stellt der Lieferer ein neues Werk her, kann er vom Besteller Rückgewähr des mangelhaften Werkes verlangen.
5. Der Lieferer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen, sofern der Besteller Schadenersatzansprüche geltend macht, die auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, einschließlich von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit seiner Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen. Soweit dem Lieferer keine vorsätzliche Vertragsverletzung angelastet wird, ist die Schadenersatzhaftung auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt.
6. Die Gewährleistung des Lieferers erstreckt sich nicht auf natürliche Abnutzung oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel, mangelhafter Bauarbeiten, ungeeigneter Baugrundes oder die aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind, sowie auf nicht reproduzierbare Softwarefehler. Werden vom Besteller oder von Dritten unsachgemäße Änderungen oder Instandsetzungen vorgenommen, oder wichtige Informationen und Dokumente vor bzw. während der Auftragsdurchführung (Lieferung und Leistung) vorenthalten, so besteht für diese und die daraus entstehenden Folgen keine Gewährleistung des Lieferers.
7. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt 12 Monate, gerechnet ab Gefahrübergang oder Abnahme. Eine Verlängerung kann durch Mehrpreis oder Wartungsvertrag vereinbart werden.
8. Weitere Gewährleistungsansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungsgehilfen sind ausgeschlossen. Ziffer XIV. (sonstige Haftung) bleibt unberührt.

XII. Nutzung von KI-gestützten Systemen

1. Der Besteller verpflichtet sich, alle durch den Lieferer erstellten oder zur Verfügung gestellten Dokumente, Daten, Programme, Softwarecodes und sonstige Inhalte (nachfolgend „geschäftliche Inhalte“) nicht in irgendeiner Form in Künstliche Intelligenz (KI)-gestützte Systeme oder maschinelle Lernalgorithmen einzulesen, zu verarbeiten, zu analysieren oder auszuwerten.
2. Insbesondere ist es dem Besteller untersagt, die geschäftlichen Inhalte:
 - a) in generative KI-Modelle (z. B. Chatbots, Sprachmodelle, Bild- und Textgeneratoren) einzuspeisen;
 - b) zu Trainingszwecken für KI-Systeme zu verwenden;
 - c) in Datenbanken einzuspeisen, die von KI-Systemen genutzt oder analysiert werden;
 - d) Dritten zur Verfügung zu stellen, um eine solche Verarbeitung zu ermöglichen.
3. Diese Verpflichtung gilt auch über die Beendigung des Vertragsverhältnisses hinaus.
4. Bei einem schuldhaften Verstoß gegen die vorgenannten Verpflichtungen ist der Besteller verpflichtet, eine angemessene Vertragsstrafe zu zahlen, deren Höhe der Lieferer nach billigem Ermessen festsetzt. Im Streitfall kann die Höhe der Vertragsstrafe durch ein zuständiges Gericht überprüft werden. Die Geltendmachung weiterer Schadenersatzansprüche bleibt hiervon unberührt.
5. Der Lieferer behält sich das Recht vor, bei Verdacht auf Verstöße entsprechende Nachprüfungen durchzuführen. Dabei werden die schutzwürdigen Interessen des Bestellers angemessen berücksichtigt.

Allgemeine Geschäftsbedingungen

der Elektrotechnik Thoms GmbH und der bsb automation GmbH

Stand: 15.03.2025

XIII. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte

1. Die Lieferungen, insbesondere Software (Programm und Benutzerhandbuch) sind rechtlich geschützt. Das Urheberrecht und alle sonstigen Leistungsschutzrechte an der Lieferung sowie an den Gegenständen, die der Lieferer dem Besteller im Rahmen der Vertragsanbahnung und -durchführung überlässt oder zugänglich macht, steht im Verhältnis der Vertragspartner ausschließlich dem Lieferer zu. Soweit die Rechte Dritten zustehen, hat der Lieferer entsprechende Verwertungsrechte.
2. Der Lieferer stellt die Lieferungen frei von solchen Rechten Dritter zur Verfügung, die im Widerspruch zu diesem Vertrag stehen. Falls Dritte entgegenstehende Ansprüche erheben, unterrichten die Vertragspartner einander hiervon unverzüglich und schriftlich.

XIV. Sonstige Haftung

1. Haftung des Lieferers auf Schadenersatz, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere aus Unmöglichkeit, Verzug, mangelhafter oder falscher Lieferung, Vertragsverletzung, Verletzung von Pflichten bei Vertragsverhandlungen und unerlaubte Handlungen ist, soweit es dabei jeweils auf ein Verschulden ankommt, nach Maßgabe dieser Ziffer eingeschränkt.
2. Der Lieferer haftet nicht im Falle einfacher Fahrlässigkeit seiner Organe, ges. Vertreter, Angestellten oder sonstigen Erfüllungsgehilfen, soweit es sich nicht um eine Verletzung vertragswesentlicher Pflichten handelt. Vertragswesentlich sind die Verpflichtungen zur rechtzeitigen Lieferung und Installation des von wesentlichen Mängeln freien Liefergegenstandes sowie Beratungs-, Schutz- und Obhutspflichten, die dem Besteller die vertragsgemäße Verwendung der Lieferung ermöglichen sollen oder den Schutz von Leib oder Leben vom Personal des Bestellers oder den Schutz von dessen Eigentum vor erheblichen Schäden bezwecken.
3. Soweit der Lieferer gem. Nr. 2 dem Grunde nach auf Schadenersatz haftet, ist diese Haftung auf Schäden begrenzt, die der Lieferer bei Vertragsschluss als mögliche Folge einer Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder die er bei Anwendung verkehrsüblicher Sorgfalt hätte voraussehen müssen. Mittelbare Schäden und Folgeschäden, die Folge von Mängeln der Lieferung sind, sind außerdem nur ersatzfähig, soweit solche Schäden bei bestimmungsgemäßer Verwendung des Liefergegenstands typischerweise zu erwarten sind.
4. Die vorstehenden Haftungsausschlüsse und Beschränkungen gelten in gleichem Umfang zu Gunsten der Organe, gesetzlichen Vertreter, Angestellten und sonstiger Erfüllungsgehilfen des Lieferers.
5. Soweit der Lieferer technische Auskünfte gibt oder beratend tätig wird, und diese Auskünfte oder Beratung nicht zu dem von ihm geschuldeten, vertraglich vereinbarten Leistungsumfang gehören, geschieht dies unter Ausschluss jeglicher Haftung.
6. Die Einschränkungen dieser Ziffer gelten nicht für die Haftung des Lieferers wegen vorsätzlichen Verhaltens, für garantierte Beschaffenheitsmerkmale, wegen Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder nach dem Produkthaftungsgesetz.

XV. Verbraucherstreitbeilegung/Universalschlichtungsstelle

Wir sind nicht bereit oder verpflichtet, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

XVI. Gerichtsstand und Salvatorische Klausel

1. Gerichtsstand für alle etwaigen Streitigkeiten aus den Geschäftsbeziehungen zwischen dem Lieferer und dem Besteller, ist der Sitz des Lieferers. Für Klagen gegen den Lieferer ist der Sitz des Lieferers ausschließlich Gerichtsstand. Zwingende gesetzliche Bestimmungen über ausschließliche Gerichtsstände bleiben von dieser Regelung unberührt.
2. Die Beziehungen zwischen dem Lieferer und dem Besteller unterliegen ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11.04.1980 (CISG) gilt nicht.
3. Soweit der Vertrag oder diese allgemeinen Geschäftsbedingungen Regelungslücken enthalten, gelten zur Ausfüllung dieser Lücke die Bestimmungen des BGB.
4. Sofern nicht anders schriftlich vereinbart, finden die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A bis C) keine Anwendung.
5. Sämtliche Änderungen des Vertrages oder dieser allgemeinen Bedingungen bedürfen zu Ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieses Absatzes.